Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6250**

14. Wahlperiode 07. 06. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4534 –

Gesellschaftliche Debatte zu den Energiepreisen für eine ökologische verkehrspolitische Wende nutzen

A. Problem

Die Fraktion der PDS hat einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden soll, die Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen von 130 km/h und für eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h in Wohngebieten, für die Befreiung des Schienenverkehrs und der öffentlichen Personenverkehrsunternehmen von der Mineralölsteuer und der Ökosteuer sowie für die Neugestaltung der bisher gültigen Ökosteuer durch Reduzierung der Ausnahmen für energieintensive Betriebe des Produzierenden Gewerbes zu schaffen. Es sollen nach dem Antrag die Voraussetzungen für die Prüfung einer Kompensation der Belastungen aus der Mineralölsteuer durch Zahlung einer verkehrsmittelunabhängigen Entfernungszulage für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, für ein Investitionsprogramm in das Schienennetz, für die Erweiterung der finanziellen Förderung der übrigen öffentlichen Verkehrsmittel, für die Ausgestaltung der Tarifsysteme des öffentlichen Verkehrs mit dem Ziel einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs, für einen sozialen Ausgleich der aus Energiepreissteigerungen entstehenden Belastungen für die nicht von einer Entfernungspauschale und Enfernungszulage profitierenden Personengruppen und die Voraussetzungen für die Ausweitung der Überprüfung von Geschwindigkeiten, Sicherheitsstandards und Umweltauflagen im LKW-Verkehr geschaffen werden. Schließlich hat der Antrag zum Ziel, dass auf Bundes- und Landesebene eine langfristig ökologisch angelegte Verkehrspolitik realisiert wird und ein diese Orientierung beinhaltender Bundesverkehrswegeplan in kürzest möglicher Frist vorgelegt wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4534 im Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/4534 abzulehnen.

Berlin, den 28. Mai 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Heide Mattischeck**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heide Mattischeck

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/4534 in seiner 130. Sitzung am 9. November 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag in einer Entschließung verschiedene energie- und verkehrspolitische Feststellungen treffen, mit der der Bundesregierung eine fehlende klare Abgrenzung zur Verkehrs- und Energiepolitik der Vorgängerregierung vorgehalten werden soll, denn die Bundesregierung verzichte auf die Vorlage eines neuen Bundesverkehrswegeplans und die Ökosteuer sei wenig wirksam, sozial ungerecht und koppele die Mehreinnahmen aus der Ökosteuer an das systemfremde Ziel der Absenkung der Rentenbeiträge. Die Bundesregierung soll nach dem Antrag u.a. aufgefordert werden, die Voraussetzung zur Realisierung für eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen von 130 Kilometern pro Stunde und für eine Regelgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde in Wohngebieten, für die Befreiung des Schienenverkehrs und der öffentlichen Personenverkehrsunternehmen von der Mineralölsteuer und von dem halben Satz der Ökosteuer sowie für die Neugestaltung der bisher gültigen Ökosteuer in deren nächsten Stufe durch Reduzierung der Ausnahmen für energieintensive Betriebe des Produzierenden Gewerbes zu schaffen. Es sollen nach dem Antrag die Voraussetzungen für die Prüfung einer Kompensation der Belastungen aus der Mineralölsteuer durch Zahlung einer verkehrsmittelunabhängigen Entfernungszulage für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, für die Realisierung eines ökologisch und ökonomisch begründeten und längerfristig angelegten Investitionsprogramms in das Schienennetz, für die Erweiterung einer finanziellen Förderung der übrigen öffentlichen Verkehrsmittel mit dem Ziel einer nachhaltigen Stärkung des Verkehrs im Umweltverbund, für die Ausgestaltung der Tarifsysteme des öffentlichen Verkehrs mit dem Ziel einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs, für einen sozialen Ausgleich der aus Energiepreissteigerungen entstehenden Belastungen für die nicht von einer Entfernungspauschale und Enfernungszulage profitierenden Personengruppen und die Voraussetzungen für die Ausweitung der Überprüfung von Geschwindigkeiten, Sicherheitsstandards und Umweltauflagen im LKW-Verkehr geschaffen werden. Schließlich soll auf Bundes- und Landesebene eine langfristig ökologisch angelegte Verkehrspolitik im Sinne einer Verkehrswende realisiert werden, die auf eine Vermeidung und Verkürzung von Verkehr sowie auf eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße und der Luft auf die Schiene und die Binnenwasserstraßen ziele und ein diese Orientierung beinhaltender Bundesverkehrswegeplan in kürzest möglicher Frist vorgelegt und in einer breiten öffentlichen Debatte im Sinne dieser Verkehrswende qualifiziert werden

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 87. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 86. Sitzung am 28. März 2001 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 53. Sitzung am 7. März 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS den Antrag abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktione SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die Koalitionsfraktionen weisen darauf hin, dass die in dem Antrag aufgestellten Behauptungen falsch und einige erhobenen Forderungen bereits erledigt seien wie z. B. die Forderung nach einer integrierten Verkehrspolitik und eine überarbeitete Bewertungsmethodik für den Bundesverkehrswegeplan. Die Ökosteuer sei entgegen der Behauptung des Antrags wirkungsvoll. Geschwindigkeitsbeschränkungen hätten das vorrangige Ziel einer Verbesserung der Sicherheit des Verkehrs auf den Straßen, nicht einer Verminderung des CO_2-Emissionen. Die Bundesregierung habe im Bereich der Investitionen in den Schienenverkehr und der Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen eine bessere Bilanz als die alte Bundesregierung.

Die Fraktion der CDU/CSU kritisiert vor allem den Geist des Antrags, mit Dirigismus und Lenkung politische Ziele durchsetzen zu wollen. Auch sie sehe dringenden Handlungsbedarf für eine Neubearbeitung des geltenden Bundesverkehrswegeplans und erklärt, sie halte die Ökosteuer für überflüssig

Die Fraktion der F.D.P. weist darauf hin, dass der Rohstoff Erdöl zwar endlich sei, sich aber auf dem Gebiet der Explorationstechnik Fortschritte vollzogen hätten und sich damit die Energiesituation verändert habe. Die reale Globalisierung der Weltwirtschaft widerspreche der Forderung des Antrags nach einer Vermeidung und Verkürzung der Verkehrs- und Transportwege.

Die Fraktion der PDS besteht auf der Annahme ihres Antrags. Sie weist u. a. darauf hin, dass erstmals seit langem der CO_2-Ausstoß wieder zugenommen habe. Da der relative Ölpreis in den letzten Jahrzehnten gesunken sei, bestehe die Gefahr einer völligen Falschorientierung der gesamten Weltwirtschaft. Auch sei feststellbar, dass der Verkehr auf der Schiene nicht zugenommen habe.

Berlin, den 28. Mai 2001

Heide Mattischeck
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333